

„Wir haben Geschichte miterlebt“

13 Jahre deutsche Einheit: Die Fraktionschefs stehen Rede und Antwort

Am 3. Oktober jährt sich der Tag der Deutschen Einheit zum dreizehnten Mal. Deutschland gedenkt der Wiedervereinigung, die mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 formal abgeschlossen wurde. Der Traum von einer schnellen Angleichung von Ost und West ist in einigen Bereichen bis heute nur ein Traum geblieben. Über die bisherigen Erfolge, Versäumnisse beim Einigungsprozess und über die Rolle, die das Land NRW dabei spielt, sprach Landtag intern mit den vier Fraktionsvorsitzenden, Edgar Moron (SPD), Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Dr. Ingo Wolf (FDP) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE).



Dr. Ingo Wolf (FDP)

Fotos: Schälte

Wie haben Sie persönlich vor 13 Jahren den Fall der Mauer erlebt?

Moron: Das war für mich ein sehr bewegendes Ereignis. Ich habe, wie viele andere auch, bis spät in die Nacht am Fernseher gesessen und war emotional tief berührt. Die Bilder haben sich in mein Gedächtnis eingepägt. Noch heute spüre ich die Mischung aus Freude und Erleichterung bei den Menschen, die nach 40 Jahren DDR ihre Freiheit mit friedlichen Mitteln erkämpft hatten. Wer, wie ich, mehrere Jahre an der Berliner Mauer gelebt hat, der weiß sehr genau, was das bedeutet. Wenn ich heute manche Diskussion höre, habe ich mitunter den Eindruck, dass wir vergessen haben, welches historische Glück die Deutsche Einheit ist. Der Fall der Mauer, der Zusammenbruch des kommunistischen Systems, haben so vieles verändert. Wir leben seither in Europa ohne jede Bedrohung aus dem Osten. Das alte Feindbild gibt es nicht mehr. Wir haben neue politische und wirtschaftliche Systeme in den osteuropäischen Staaten und neue Beziehungen mit ihnen. Deutschland



Edgar Moron (SPD)

liegt plötzlich mitten in Europa. Selbstverständlich ist das nicht alles durch die deutsche Wiedervereinigung ausgelöst worden, aber es hängt alles auch mit dem Fall der Mauer zusammen. Wir haben gemeinsam eine große historische Zeitenwende erlebt.

Dr. Rüttgers: Ich saß im Plenarsaal des alten Wasserwerks in Bonn, als sich die Nachricht wie ein Lauffeuer verbreitete, dass in Berlin die Mauer geöffnet würde. Wie die anderen Bundestagskollegen habe auch ich das erst mal gar nicht fassen können. Wir haben sofort die Sitzung unterbrochen und uns an den Fernsehgeräten versammelt. Der Jubel, die Freudentränen der Menschen in Berlin – das war unglaublich bewegend. Diese Stimmung führte dazu, dass wir, als die Sitzung des Bundestags fortgesetzt wurde, unsere Nationalhymne gesungen haben. Es war eine historische Stunde, die ich nie vergessen werde.

Dr. Wolf: In Braunschweig und damit ca. 50 Kilometer von der „Zonengrenze“ entfernt geboren, war ich immer besonders froh, von der kommunistischen Herrschaft in der späteren DDR verschont geblieben zu sein. Als im November 1989 unter maßgeblicher Mitwirkung des liberalen Außenministers Hans-Dietrich Genscher die Mauer fiel, stand ich kurz vor dem Abschluss meines Promotionsverfahrens. Für mich persönlich waren es bewegende Fernsehbilder, als nach fast 30 Jahren menschenverachtender Freiheitsentziehung für über 16 Millionen Deutsche unsere mittel- und ostdeutschen Mitbürger die durch Mauer, Stacheldraht und Selbstschussanlagen abgeriegelte Grenze ungehindert

überqueren konnten. Auch wenn ich vorher nur die Beklemmungen eines Transitreisenden gespürt hatte, konnte ich unschwer errahnen, welches Freiheitsgefühl die Aufhebung der deutschen Teilung jenseits des eisernen Vorhangs ausgelöst hat. Die Wiedervereinigung war und ist für mich nach wie vor das „Großereignis“ in der politischen Geschichte Deutschlands nach 1945.

Löhrmann: Ich gestehe: Als frischgebackene junge Kommunalpolitikerin war ich an dem besagten Abend und in der Nacht voll und ganz mit der Bewältigung meiner 2. Ratssitzung beschäftigt. Die zog sich bis weit in die Nacht. Anders als heute im politischen Geschäft, wurden uns in die Sitzung keine aktuellen Informationen übermittelt. So erreichten mich die weltbewegenden Nachrichten erst zeitversetzt. Morgens dann in der Schule war der Fall der Mauer das TOP-Thema, auch für mich als Lehrerin: Zeit für spontanen und aktuellen Politik- und Geschichtsunterricht. Mich hat damals sehr positiv überrascht, wie interessiert alle Jugendlichen dieses Ereignis verfolgt haben, nach dem Motto: Wir erleben Geschichte mit.

Hat NRW im wiedervereinten Deutschland an Bedeutung verloren? Welchen politischen Einfluss hat NRW nach dem Umzug des Bundes nach Berlin überhaupt noch?

Moron: Es sind fünf neue Länder hinzugekommen. Das ist richtig. Aber ein Land wie Nordrhein-Westfalen, mit 18 Millionen Einwohnern, mit dieser Wirtschaftskraft, das verliert nicht an Bedeutung. Es wird leichthin

gesagt, die Wege zwischen Düsseldorf und Bonn seien kurz gewesen, aber Berlin sei weit weg. Ich habe bisher nicht feststellen können, dass der Gesprächsfaden zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bund gerissen wäre. Ganz im Gegenteil: Der Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Müntefering, kommt aus Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, der Bundeswirtschaftsminister, genauso wie Sozialministerin Ulla Schmidt. Die NRW-Landesgruppe stellt die meisten SPD-Bundestagsabgeordneten. Wir haben sehr gute Leute in Berlin und einen sehr kurzen Draht zur Hauptstadt. Der Einfluss Nordrhein-Westfalens auf die Bundespolitik ist nicht geringer, sondern sogar stärker geworden. Das zeigt sich an aktuellen Beispielen, wie der Föderalismusdebatte. Unsere nordrhein-westfälischen Interessen vertreten wir sehr selbstbewusst, und auch erfolgreich, wie die aktuelle Diskussion um die Gemeindefinanzreform deutlich macht.

Dr. Rüttgers: Der politische Einfluss von Nordrhein-Westfalen ist gesunken. Und das liegt nicht allein daran, dass der Regierungssitz verlegt wurde, dass Berlin von Düsseldorf weiter entfernt ist als Bonn. Die Bundesrepublik hatte 40 Jahre lang elf Bundesländer, heute sind es sechzehn. Im Wettbewerb der Länder gibt es also mehr Mitspieler, und der Einfluss des Einzelnen ist eben geringer. Dagegen ist auch nichts einzuwenden, im Gegenteil: Das ist ja gerade das Wesen des Föderalismus. Allerdings ist Nordrhein-Westfalen auch im wiedervereinten Deutschland das mit Abstand größte Bundesland. Aus dieser Größe eine Stärke zu machen und die Interessen unserer Bürger auf der Bundesebene kraftvoll zu vertreten: Das ist die Aufgabe der politischen Akteure.

Dr. Wolf: Die Wiedervereinigung ist zuallererst ein Gewinn für alle freiheitsliebenden Menschen. Die Frage nach Gewinnern und Verlierern hat naturgemäß einen teilenden Charakter und wird der historischen Bedeutung dieses Ereignisses nicht gerecht. Der Wechsel des Regierungssitzes nach Berlin ist nicht automatisch mit einem Bedeutungsverlust Nordrhein-Westfalens auf Bundesebene verbunden. Wichtig ist, dass NRW wieder Motor eines wirtschaftlich aufstrebenden Deutschlands wird. Zudem muss das größte

und einwohnerstärkste Land von einer klugen, politischen Führung wirkungsvoll in Berlin vertreten werden. Die jetzige Landesregierung lässt das eindeutig vermissen.

Löhrmann: Nein, natürlich nicht; zwar sind 16 Länder mehr als 11, aber NRW war, ist und bleibt das größte und wichtigste Bundesland in Deutschland! Wir haben außerdem Städtefreundschaften mit Kommunen in Ostdeutschland, und es gibt gute Kontakte in das Partnerland Brandenburg. Außerdem wird Europa auch für NRW immer wichtiger.

Der Bund unterstützt den Aufbau des Ostens durch gezielte Förderung. Sind 13 Jahre nach dem Fall der Mauer diese Fördermittel des Bundes überhaupt noch notwendig?

Moron: Es besteht kein Zweifel daran, dass bestimmte ostdeutsche Regionen weiterhin ganz spezielle Aufbauhilfen brauchen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind auch bereit, unseren Teil dazu beizutragen, wie wir das in der Vergangenheit getan haben; auch weit über das normale Maß der Solidarität hinaus getan haben. Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, als ob Hilfen von der Himmelsrichtung abhängig seien. Gezielte Förderprogramme müssen dort konzentriert werden, wo sie wirklich gebraucht werden. Das kann in Cottbus sein oder in Hoyerswerda, das kann genau so in Gelsenkirchen sein oder in Meschede. Es gibt nicht nur im Osten Regionen mit strukturellen Problemen. Die Bundesregierung weiß das, setzt Förderung, zum Beispiel des Städtebaus, auch differenziert ein. Wir sollten 13 Jahre nach der Wiedervereinigung weniger nach Ost und West unterscheiden, sondern uns darauf konzentrieren, Hilfen, die möglich sind, überall dort einzusetzen, wo sie nötig sind.

Dr. Rüttgers: Für mich bleibt es ein Gebot der Solidarität, dass wir den Deutschen, die ohne eigene Schuld 40 Jahre lang unter Diktatur und Mangelwirtschaft gelitten haben, beim Wiederaufbau helfen. Die von der rot-grünen Landesregierung angezettelte Neiddiskussion um die Ostförderung ist peinlich. Ich hätte es eigentlich nie für möglich gehalten, dass unser großes, starkes und stolzes Nordrhein-Westfalen einmal bei den Wirtschaftsdaten und der Finanzausstattung seiner Kommunen auf das Niveau derjenigen Länder abrutscht, die die Folgen von vier Jahrzehnten Sozialismus arbeiten. Dies darf auch nicht unser Vergleichs-

maßstab sein. Statt immer nur danach zu fahnden, wie sie anderen etwas wegnehmen kann, sollte die Landesregierung sich endlich selbst anstrengen und mit einer Politik für Wachstum und Beschäftigung unser eigenes Land voranbringen.

Dr. Wolf: Ja. Trotz aller Fortschritte und dynamischer Entwicklungen in einzelnen Regionen des Ostens bleibt ein Wachstumsgefälle West-Ost. Deswegen käme ein abruptes Ende der Förderung zu früh. Die Anpassung der Lebensverhältnisse bleibt für die FDP als erster gesamtdeutscher Partei Verfassungsauftrag und Herzensanliegen zugleich. Die bisherige Förderpraxis muss aber in Zukunft stärker auf die verbliebenen Schwachstellen konzentriert werden. Zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands gehört allerdings auch eine an wirtschaftlichen Kennzahlen orientierte Unterstützung strukturschwacher Regionen in den übrigen Teilen Deutschlands. Was wir Liberalen nicht wollen, ist eine an Klischees ausgerichtete Ost-West-Neiddebatte.

Löhrmann: Der Bund, die Länder und die Kommunen der alten Länder haben in den letzten 13 Jahren in den Fond Deutsche Einheit einbezahlt. Zusätzlich gab es noch Sonderabschreibungsprogramme, die milliarden-schwere Einnahmeverzichte für die öffentlichen Haushalte nach sich gezogen haben. Ich möchte klar betonen, dass diese Mittel für die Sanierung der Städte in den neuen Ländern unverzichtbar waren und auch von den Grünen immer getragen wurden. Ich halte es aber für gerechtfertigt, nach 13 Jahren nach den Ergebnissen zu fragen, und auf eine Neujustierung zu drängen, die den inzwischen auch im Westen vorhandenen Problemdruck berücksichtigt. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern schwer zu vermitteln, dass marode Schulen nicht saniert oder Spielplätze geschlossen werden, aber andererseits die Kommune noch in den Fond Deutsche Einheit einzahlen muss. Wir müssen in absehbarer Zeit die Städtebauförderung am konkreten Problemdruck in den Städten orientieren und nicht an der Himmelsrichtung.



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Die Gespräche führten Stephanie Hajdamowicz, Jürgen Knepper und Axel Bäumer.